

Stellungnahme des Deutschen Gewerkschaftsbundes zum Referentenentwurf des Bundesministeriums für Wirtschaft und Klimaschutz für ein Gesetz zur Beschleunigung der Verfügbarkeit von Wasserstoff und zur Änderung weiterer rechtlicher Rahmenbedingungen für den Wasserstoffhochlauf (Wasserstoffbeschleunigungsgesetz)

Vorbemerkung

Nach Auffassung des Deutschen Gewerkschaftsbundes ist die Funktion einer Verbändeanhörung insbesondere, den betroffenen Stakeholdern eines Gesetzesvorhabens Gelegenheit zur Stellungnahme und Kommentierung des Gesetzesentwurf zu geben und das Gesetzesvorhaben dadurch mit der gesellschaftlichen Realität abzugleichen und zu verbessern. Das vorgeschlagene Wasserstoffbeschleunigungsgesetz berührt die Interessen der Beschäftigten in den vom Gesetz unmittelbar und mittelbar betroffenen Wirtschaftsbereichen maßgeblich. Der Deutsche Gewerkschaftsbund drückt daher sein Unverständnis dafür aus, dass durch das Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz Gewerkschaften oder gewerkschaftliche Dachverbände nicht proaktiv zur Verbändeanhörung eingeladen wurden.

Wasserstoffhochlauf beschleunigen

Der Deutsche Gewerkschaftsbund und seine Mitgliedsgewerkschaften unterstützen den Klimaschutz und die Transformation von Wirtschaft und Gesellschaft hin zur Klimaneutralität. Die Ausgestaltung des dafür erforderlichen, tiefgreifenden Strukturwandels aller Wirtschafts- und Gesellschaftsbereiche muss konsequent unter Berücksichtigung der Beschäftigteninteressen erfolgen, um die gesellschaftliche Akzeptanz der Transformation zu sichern und die Transformation hin zu einem langfristig nachhaltigen Wirtschaftsmodell zu gewährleisten. Klimapolitik muss daher stets auch beschäftigungspolitisch positiv wirken und zur Sicherung und Entwicklung guter, tarifgebundener Arbeit beitragen.

Nach Auffassung des Deutschen Gewerkschaftsbundes ist der Hochlauf der Wasserstoffwirtschaft ein entscheidender Beitrag für die Dekarbonisierung und nachhaltige Modernisierung der deutschen Volkswirtschaft. Insbesondere zur Sicherung von Wertschöpfung und Beschäftigung im Industriebereich stellt der Wasserstoffeinsatz eine Schlüsseltechnologie dar. Einzelne Branchen, die zur Aufrechterhaltung der das deutsche Wirtschaftsmodell prägenden, komplexen Wertschöpfungsketten unverzichtbar sind, sind auf die Umstellung auf Wasserstofftechnologien angewiesen. Dies betrifft insbesondere die energieintensiven Industriezweige, beispielhaft die Stahlerzeugung oder die Grundstoffchemie.

30. April 2024

Deutscher Gewerkschaftsbund
Keithstraße 1
10787 Berlin

Kontaktpersonen:

Frederik Moch
Leiter der Abteilung
Struktur-, Industrie- und Dienstleistungspolitik

frederik.moch@dgb.de
Telefon: +49 30 24060 576

Felix Fleckenstein
Referent für Energiepolitik
Abteilung Struktur-, Industrie- und
Dienstleistungspolitik

felix.fleckenstein@dgb.de
Telefon: +49 30 24060 351

Um Wertschöpfung und Beschäftigung in diesen Branchen und in den auf diesen aufbauenden Wertschöpfungsketten klimaschonend weiterzuentwickeln, sind absehbar erhebliche Mengen klimaschonender Gase erforderlich. Der Deutsche Gewerkschaftsbund begrüßt daher, dass die Bundesregierung ambitionierte Ziele für den Hochlauf einer deutschen Wasserstoffwirtschaft verfolgt.

Mit Blick auf die zeitlich stetig näher rückenden Klimaziele wie auch den weiter zunehmenden marktlichen und regulatorischen Transformationsdruck mahnt der Deutsche Gewerkschaftsbund eine Realisierungsbeschleunigung an. In der Wasserstoffwirtschaft muss die Entwicklung von einem Nebeneinander kleinformiger Pilot- und Versuchsanlagen hin zu einem selbsttragenden, vernetzten Marktsystem, in dem Wasserstoff im industriellen Maßstab Verwendung findet, schnellstmöglich erfolgen.

Nach Auffassung des Deutschen Gewerkschaftsbundes sind hierfür insbesondere der Aufwuchs der inländischen Wasserstoff-Erzeugungskapazitäten, der Aufbau einer überregional verzweigten Wasserstoff-Transportinfrastruktur, die Erschließung belastbarer Importrouten, der Aufbau einer leistungsfähigen Speicherinfrastruktur sowie die Errichtung wasserstofffähiger Produktionsanlagen erforderlich.

Für den zügigen Hochlauf der Wasserstoffwirtschaft sollte nach Auffassung des Deutschen Gewerkschaftsbundes keine unnötige Verengung auf einzelne Wasserstoff-Erzeugungstechnologien oder Wasserstoffträger erfolgen. Stattdessen ist für den zügigen Hochlauf eine Technologievielfalt erforderlich, die sowohl grünen Wasserstoff (schneller Hochlauf, insb. inländische Erzeugung) sowie blauen Wasserstoff (große Volumina, insb. Import) umfasst.

Bezüglich der grünen Wasserstoffproduktion ist darauf zu verweisen, dass eine regionale grüne Wasserstoffproduktion und deren Förderung im Zusammenspiel mit dem H2-Global-Ansatz zur Akzeptanz einer Wasserstoffwirtschaft beitragen kann und somit stärkere Berücksichtigung erfahren sollte. Dies gilt auch vor dem Hintergrund, dass regionale Wirksamkeit für die Beschleunigung einer lokalen Wasserstoffwirtschaft wie auch die Versorgungssicherheit mittelständischer energieintensiver Industriebranchen sowie kommunaler Versorgungsunternehmen von enormer Bedeutung ist. Auch können so gleichermaßen wichtige Impulse für den Markthochlauf von Elektrolyseuren geleistet werden. Daher begrüßt der Deutsche Gewerkschaftsbund ausdrücklich die Verfahrenserleichterung für Elektrolyseure. Darüber hinaus unterstützt der Deutsche Gewerkschaftsbund die notwendige Etablierung und Weiterentwicklung anderer Erzeugungsarten (bspw. von orangenem Wasserstoff).

Für alle Maßnahmen ist die Versorgung mit verlässlich ausreichendem und bezahlbarem erneuerbarem Strom unabdingbar. Der Deutsche Gewerkschaftsbund spricht sich für den privilegierten Import von Wasserstoff aus verlässlichen und demokratischen Partnerländern, möglichst innerhalb Europas, aus. Dabei ist insbesondere die Energiepartnerschaft mit Norwegen eine wichtige Option, welche mit Nachdruck ausgestaltet werden sollte.

Die Bundesregierung sollte ihre Bemühungen intensivieren, die skizzierten Maßnahmen schnellstmöglich in die Realität umzusetzen. Dafür ist insbesondere ausschlaggebend, dass die notwendigen Investitionen zügig getätigt werden. Private Investitionen sollten durch öffentliche Bürgschaften und Unterstützungen gehebelt werden. Das Modell des Amortisationskontos zur Finanzierung des Wasserstoff-Kernnetzes wird vor diesem Hintergrund ausdrücklich begrüßt. Der Deutsche Gewerkschaftsbund mahnt an, dass ein kurzfristig restriktiver Haushaltskurs wichtige Investitionen in die Wasserstofftransformation nicht blockieren darf.

Maßnahmen des Gesetzesentwurfes

Vor dem Hintergrund des obig skizzierten Beschleunigungsbedarfes wird das Wasserstoffbeschleunigungsgesetz im Grundsatz begrüßt. Langwierige Planungs-, Genehmigungs-, Vergabe- und Klageverfahren stellen ein wesentliches und unnötiges Hindernis des Wasserstoffhochlaufs dar. Wasserstoffbezogene Planungs-, Genehmigungs- und Vergabeverfahren sowie die entsprechenden Rechtswege zu digitalisieren, zu vereinfachen und zu beschleunigen, wird daher begrüßt.

Der Deutsche Gewerkschaftsbund begrüßt die Festlegung, dass Wasserstoffanlagen im überragenden öffentlichen Interesse liegen und der öffentlichen Sicherheit dienen. Die Erklärung überragenden öffentlichen Interesses allein ist zur Verfahrensbeschleunigung nach Auffassung des Deutschen Gewerkschaftsbundes aber nicht ausreichend, sondern kann in der Verwaltungspraxis die Verfahrenskomplexität und -dauer im schlechtesten Falle sogar zusätzlich erhöhen. Die Erklärung überragenden öffentlichen Interesses sollte daher um Änderungen der für die Planungs-, Genehmigungs- und Vergabeverfahren maßgeblichen Fachgesetze flankiert werden. Es wird begrüßt, dass dies mit dem vorliegenden Wasserstoffbeschleunigungsgesetz erfolgen soll.

Nach Auffassung des Deutschen Gewerkschaftsbundes sind die vorgeschlagenen fachgesetzlichen Änderungen durchweg sachgerecht. Der Deutsche Gewerkschaftsbund begrüßt ausdrücklich, dass die Belange des Wasserhaushaltes und der öffentlichen Wasserversorgung gesondert adressiert werden und bei der Schutzgüterabwägung zu berücksichtigen sind.

Nach Auffassung des Deutschen Gewerkschaftsbundes liegt ein weiterer, entscheidender Hebel zur Beschleunigung von Planungs-, Genehmigungs-, Vergabe- und Klageverfahren in der angemessenen Personalausstattung der Behörden. Nach Auffassung des Deutschen Gewerkschaftsbundes müssen entsprechende personelle Kapazitäten in den zuständigen Behörden aufgebaut und verstetigt werden. Dafür gilt es, die Arbeitsbedingungen zu verbessern, um die Tätigkeit in den Behörden attraktiver zu machen. Das gilt besonders auch im Bereich der Ausbildung. Darüber hinaus sollte die Beschleunigung und Digitalisierung von Genehmigungs- und Vergabeverfahren mit einem Fort- und Weiterbildungsprogramm für die Beschäftigten in den Behörden verknüpft werden.